

**Werner Lutz,**  
Mitglied des Personalrates bei der Stadt  
Erlangen

**Hans Hoyer,**  
Mitglied des Personalrates, Klinikum am  
Europakanal Erlangen  
und des Gesamtpersonalrates beim Bezirk  
Mittelfranken

## **Wenn ver.di sich selbst ernst genommen hätte, hätte sie dieses Tarifergebnis nicht annehmen dürfen!**

Mit dem Anspruch auf Durchsetzung einer "realistischen Forderung" war unsere Gewerkschaft in die Tarifaufinandersetzungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegangen. ver.di hatte den Anspruch, eine drei vor dem Komma zu erzielen. Im Unterschied zu früheren Jahren, als auf Grundlage einer anderen Verhandlungsstrategie weit höhere Forderungen aufgestellt wurden, bedeutete dies allerdings von Anfang an, dass der Verhandlungsspielraum bei drei Prozent plus X lag. Schon mit der Ausgangsforderung zeichnete sich ein Reallohnverlust angesichts der massiven Preis- und Abgabensteigerungen ab. Heute, nach dem Abschluß, müssen wir leider feststellen:

### **ver.di hat das Ziel komplett verfehlt!**

Rechnet man alle Forderungsergebnisse auf die lange Laufzeit von 27 Monaten um, ergibt sich ein Tarifabschluss von ca. 2,3 %. Dies bedeutet, dass wir weit entfernt sind vom Ausgleich eines Reallohnverlustes. Dabei hatte Frank Bsirske noch zu Beginn der Verhandlungen völlig zu Recht auf das Lohngefälle des Öffentlichen Dienstes im Vergleich zu anderen Branchen verwiesen, das 7 % beträgt. Die beschlossenen Lohnerhöhungen ergeben - berechnet auf den Durchschnitt der 27 Monate Laufzeit - z.B. bei einem Arbeiter in einer Kommune zwar eine lineare Lohnerhöhung von 3,03 %. Rechnet man die zwei Einmalzahlungen hinzu, sogar insgesamt 3,33 %. Es wird aber sofort 1 Prozent abgezogen durch die Streichung des AZV-Tages (pro Jahr sind das ca. 0.5%). Es verbleiben also gerade mal 2,3%. Weitere Lohnkürzung entsteht für die, deren Aufstieg in die nächste Lebensaltersstufe in die Zeit vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2004 fällt, da der Unterschiedsbetrag zur nächsten Stufe für die Dauer eines Jahres nur zur Hälfte gezahlt wird.

### **Unsere Kampfbereitschaft war hoch und wurde nicht genutzt!**

Die zahlreichen Warnstreiks vor Weihnachten haben deutlich gemacht, dass die Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes sich der zugespitzten

Verhandlungssituation sehr wohl bewusst waren und Bereitschaft gezeigt haben, notfalls auch in einen harten und langen Arbeitskampf zu treten. **Die Basis hatte die Weichen vor den Schlichtungsverhandlungen richtig gestellt.**

### **Bereits die Zustimmung zum Schlichtungsergebnis stand im Widerspruch zur Tarifforderung!**

Für uns völlig unverständlich stimmte ver.di – im Unterschied zu den Arbeitgebern - bereits dem Schlichtungsvorschlag zu. Unserer Meinung nach war dies ein falsches Signal an die Arbeitgeber, aber auch an uns Gewerkschaftsmitglieder. Der Schlichtungsvorschlag lag vom finanziellen Angebot her weit unter unserer Forderung, die als "Kompensation" verlangte Arbeitszeitverlängerung durch Streichung des AZV-Tages stellte angesichts massiven Stellenabbaus und horrender Arbeitslosenzahlen eine Unverschämtheit dar. Nürnbergs OB Maly hat bereits angekündigt, wozu die Streichung des AZV gut sein wird. Er will nächstes Jahr 33 Stellen streichen, denn dies gebe diese Arbeitszeitverlängerung her. Dabei hatten die Verhandler von ver.di keinerlei Auftrag, Errungenschaften der Manteltarifverträge zu verschachern, wie dies mit der Streichung des AZV-Tages geschehen ist. Die Zustimmung zu diesem "Angebot" muss die Basis enttäuschen und wird sie entmutigen. Mit dem Tarifabschluss hat die Tarifkommission die derzeitige Regierungspolitik gestützt, die Interessen ihrer Mitglieder aber verkauft. Es muss noch erwähnt werden dass ver.di bei der Zustimmung zum Schlichtungsvorschlag einer dreisten Abgruppierung bei Neueinstellungen zugestimmt hatte. Wie soll man denn das anders werten als den Einstieg in den Niedriglohnsektor a la Hartz mit Absegnung der Gewerkschaft?

### **Warum brach ver.di nach dem Austritt Berlins aus dem Arbeitgeberlager die Verhandlungen nicht ab?**

Ebenso nicht nachvollziehbar ist für uns die fehlende Reaktion von ver.di auf den Austritt Berlins aus dem Arbeitgeberverband. Die Signalwirkung, die dieser

Austritt auf andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes haben kann und haben wird (und wie es ja bereits der Fall ist), hätte von ver.di keinesfalls widerspruchslos hingenommen dürfen. Als Konsequenz hätten entweder die Verhandlungen abgebrochen werden müssen mit dem Ziel der Rückkehr von Berlin an den Verhandlungstisch, oder der Arbeitskampf hätte sofort begonnen werden müssen.

Im Ergebnis haben wir nun einen völlig unzureichenden Tarifabschluss und eine Weichenstellung, die möglicherweise eine Lawine ins Rollen bringt im Lager der Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes. Wenn das Beispiel von Berlin flächendeckend Schule macht, wird in künftigen tariflichen Auseinandersetzungen eine bundesweit geschlossene Forderungs- und Kampffront kaum mehr aufrecht zu halten sein.

Auch wenn eine solche Entwicklung möglicherweise trotz eines geführten Arbeitskampfes nicht zu verhindern gewesen wäre - die Ausgangslage aber wäre für die Beschäftigten nach einem geführten Arbeitskampf eine andere gewesen. Wir hätten damit den Beweis angetreten, dass wir eine kämpferische Gewerkschaft sind und nicht den Kopf in den Sand stecken!

1974 führte ver.di einen harten Arbeitskampf und erzielte dabei 11 %, 1992 nach einem Streik knapp 6 %, und künftig wird ver.di möglicherweise harte Arbeitskämpfe führen müssen, um einen Lohnabbau und die Zerschlagung von Tarifen zu verhindern. Auch dies ist das Ergebnis dieser Tarifverhandlung.

Dabei hat ver.di seit Gründung damit geworben, als Europas mitgliederstärkste Gewerkschaft die Interessen der Beschäftigten künftig besser und durchsetzungsfähiger vertreten zu können. Gerade die in den vergangenen Monaten und während der Warnstreiks geworbenen Mitglieder können über solche Sprüche heute nicht mal mehr lachen. Womit sollen wir ver.di-Mitglieder werben? Mit diesem Tarifvertrag? Wer solchen Tarifverträgen zustimmt, muß im Rahmen

der innergewerkschaftlichen Demokratie mit Konsequenzen rechnen.

Wir protestieren deshalb gegen diesen Tarifabschluss, weil er die aufgestellten Forderungen bei Weitem nicht erzielt hat, sondern massivem Reallohnabbau Vorschub leistet und uns durch die lange Laufzeit für über zwei Jahre die Hände für höhere Lohnforderungen bindet. Der Abschluss ist ein miserables Omen für die anstehenden Tarifverhandlungen zur Neugestaltung eines einheitlichen Tarifrechtes im Öffentlichen Dienst.

Wir meinen, zu einer starken Einheitsgewerkschaft gibt es keine Alternative. Wir Beschäftigten haben nur dann eine Chance, einen massiven Abbau unseres bisher erkämpften Besitzstandes zu verhindern, wenn wir geschlossen handeln.

Da zu befürchten ist, dass die Arbeitgeber in den kommenden zwei Jahren im Verein mit der Bundesregierung über gesetzliche Regelungen (Erhöhung der Massensteuern, Abbau von Sozialleistungen, Erhöhung der Sozialabgaben...) faktisch weitere Lohnkürzungen durchsetzen wollen, fordern wir ver.di auf, tragfähige Gegenstrategien und Alternativkonzepte zum Kahlschlagprogramm der Regierung zu entwickeln:

- **Keinen weiteren Stellenabbau im Öffentlichen Dienst !**
- **Ablehnung jeder Arbeitszeitverlängerung !**
- **Im Interesse der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen lehnen wir jede Heraufsetzung des Rentenalters ab!**
- **Vollständiger Erhalt der gesetzlichen Sozialversicherungen ohne weitere Steigerung der Eigenbeteiligungen an Altersvorsorge und Krankenversicherung !**
- **Zukünftig fordern wir eine offensive Lohn- und Tarifpolitik.**
- **Wir brauchen eine aktive Gewerkschaftspolitik, die die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst kämpferisch vertritt!**

### **Für eine offensive Lohnpolitik!**

**Tarifverträge müssen den Mitgliederinteressen nützen und nicht den Arbeitgebern**

**Ich unterstützte als ver.di-Mitglied diesen Brief.  
Ich bin mit der Weiterleitung zum ver.di-Hauptvorstand einverstanden:**

.....  
**Name** **Betrieb** **Unterschrift**